Region der Zukunft
Landkreis Darmstadt-Dieburg

Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **3257-2009/DaDi** vom 12.11.2009
Aktenzeichen: 031-033

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Herr Werner Bischoff
Herr Walter Busch Hübenbecker

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:

Nr.	*Gremium*	*Status*	*Zuständigkeit*
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Resolution zur Finanzsituation - Antrag Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

„ Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss sich bei den kommunalen Spitzenverbänden dafür einzusetzen, dass sie eine Protestaktion gegen die Finanzmisere der Städte, Gemeinden und Landkreise vor der hessischen Staatskanzlei bzw. dem Finanzministerium oder dem Landtag organisieren.
Diese öffentlichkeitswirksame Protestaktion sollte von den kommunalen Spitzenverbänden, den örtlichen Gemeindevorständen und Magistraten, den Gemeindevertretungen sowie Stadtparlamenten, den Kreistagen und Kreisausschüssen getragen werden.
Der Kreistag Darmstadt/Dieburg wird sich einem solchen Protest anschließen.
Über die Aktivitäten des Kreisausschusses in dieser Richtung sind Kreistag und Öffentlichkeit zeitnah zu informieren.

Begründung:

Der Hessische Städte- und Gemeindetag stellte unlängst fest: Die Kommunale Finanznot hinterlässt Hilf- und Perspektivlosigkeit bei den Landkreisen. 2009 hätten nur 13 der 21 Landkreise noch einen ausgeglichenen Haushalt gehabt. Für die kommenden Jahre werden weitere Belastungen die Finanzmisere der Landkreise und Kommunen massiv erhöhen. Minderungen der Einnahmen beim kommunalen Finanzausgleich, geringere Einnahmen über die Kreis- sowie Schulumlage , zusätzliche Überweisungen an den Landeswohlfahrtsverband, strittige Finanzierung der Schulsozialarbeit, steigende Belastungen für die Unterstützung von Hartz IV Empfänger, eine allgemein zu erwartende Steigerungen der Zinsbelastungen zeigen: Die Kreishaushalte sind für die, in den nächsten Jahren mit voller Wucht durchschlagende, Konjunkturkrise nicht gerüstet. Verantwortlich für diese unerträgliche Fehlentwicklung sind bundespolitische und landespolitische Entscheidungen. So fließen im nächsten Jahr 318 Millionen Euro weniger in den kommunalen Finanzausgleich. Im Jahr 2011 werden nach den Zahlen aus Wiesbaden weitere 400 Millionen den Städten und Gemeinden entzogen.

Dagegen muss Widerstand organisiert werden. Erfahrungsgemäß können solche Aktionen eine nachhaltige Wirkung haben.
Daher sollen die kommunalen Parlamente, die Parlamente der Kreise und auch Bürgerinnen und Bürger mit in diese Aktion einbezogen werden.